

Die C-Frage

Parteien und ihre Grundwerte

Parteipräsidentin Hennicot-Schoepges fragt sich in einem Absatz *Zur C-Frage*, warum "es der CSV so schwer" falle, "sich offen und offensiv mit ihrem C im Namen auseinander zu setzen." Schon bevor sie diese Frage stellt, deutet sie eine mögliche Antwort an:

"Nächsten-, gar Feindesliebe und Politalltag werden wohl auf ewig unvereinbare Gegensätze bleiben. Wir können von Glück reden wenn, besonders in Wahlkampfzeiten, wenigstens Respekt und Fair-Play, die Sturmfronten von Rhetorik und Polemik unbeschadet überleben."

Der Politiker muss also polemisch sein und kann in seinem Geschäft den Nächsten gar nicht lieben. Die CSV-Präsidentin weiss offenbar, wovon sie spricht, gibt doch die Parlamentsfraktion ihrer Partei die Zeitschrift *Den Espresso* heraus, die ein Musterbeispiel an Polemik darstellt. Da erfährt man über den Präsidenten der LSAP: "Asselborn hat eindeutig Schwierigkeiten, mehrere Wörter zu einem ganzen Satz zu verbinden, und dies auch noch in zusammenhängender Manier." Von François Bausch heisst es, er sei ein "salongrüner Fraktionshauptling mit Model-Allüren", der "wohl einen Zug zuviel aus der Wasserpfeife genommen" habe. Dem ADR-Deputierten Jean-Pierre Koepp erkennt die CSV-Fraktion eine Überlegenheit "in der Zahl der Besuche von Wald- und Wiesenfesten oder auch im Ochsengrillen" zu.

Nun könnte man die naive Frage stellen, ob diese Ausschließlichkeit, die Erna Hennicot-Schoepges sieht, eigent-

lich sein muss. Wäre es nicht möglich zu sagen: Wir stehen als christliche Partei zu den vom C gebotenen ethischen Werten. Darum verleumden und verletzen wir unseren politischen Gegner nicht, sondern beschränken uns in einem Ehrenkodex auf das politische Argument? Die Frage ist deshalb naiv, weil sie außer Acht lässt, worum es

Die Parteipräsidentin der CSV überrascht mit der Feststellung, dass "das C auf dem Klingelknopf unseres Hauses für jeden seiner Besucher und Bewohner etwas anderes bedeutet."

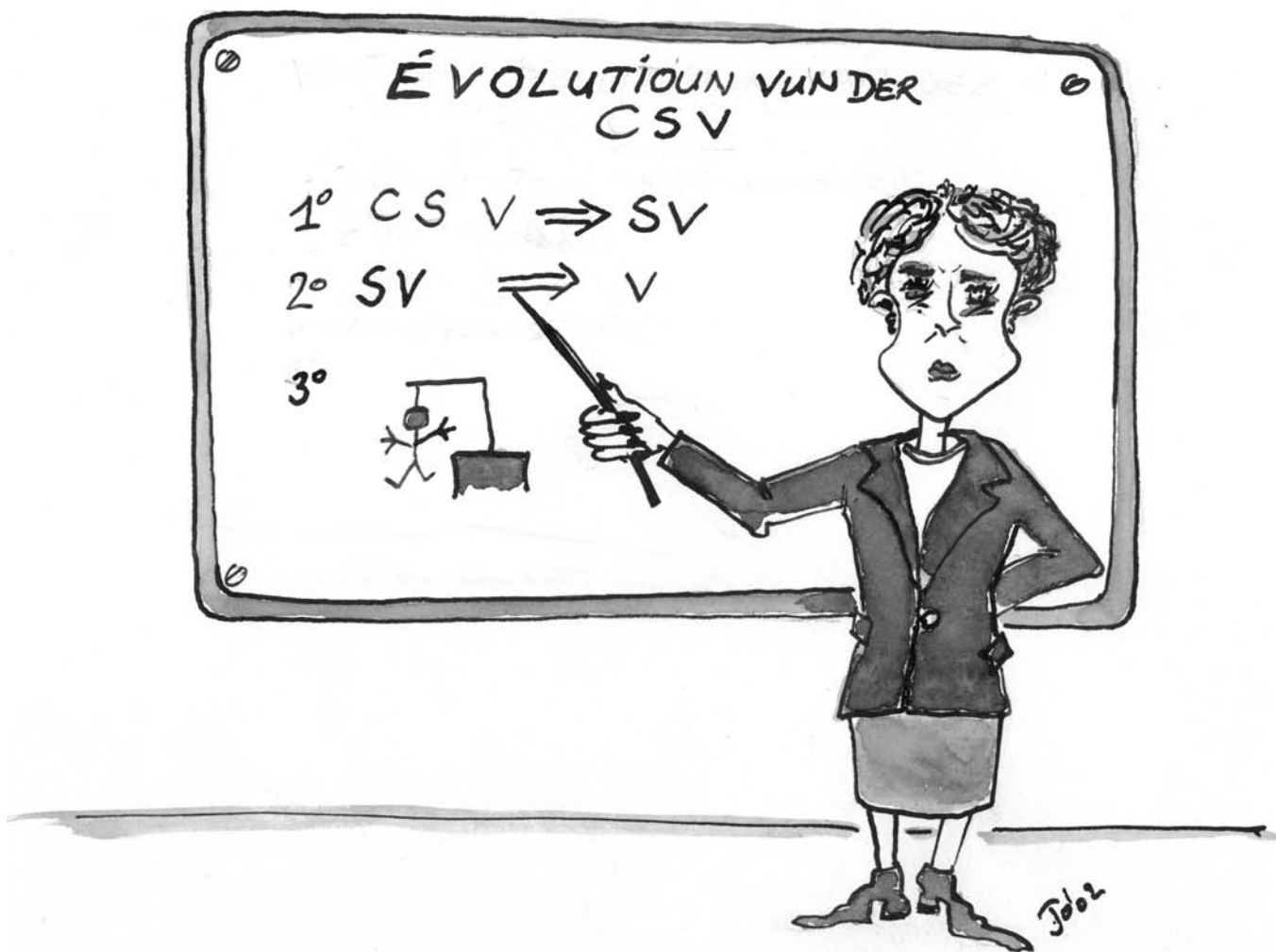
Meint das etwa: Bei uns ist ganz gleichgültig, was "christlich" heißt, Hauptsache man wählt uns?

meist in der Politik geht, nämlich nicht um Werte, sondern um Macht, um den Ministersessel statt die Oppositionsbank. Daher glaubt eine Partei, die sich christlich nennt, "Politalltag" und religiöse Grundwerte seien "auf ewig unvereinbare Gegensätze" und beauftragt eine Werbeagentur mit einem Pamphlet für alle Briefkästen, das offenbar dem *Pefferkär* des ADR oder dem *Neie Feierkrop* nachempfunden ist. Man imitiert jene, die im Aufwind sind, um den eigenen Niedergang aufzuhalten und greift dabei zwar nicht in die unterste, aber doch in eine recht tiefe Schublade.

Allerdings scheint es nicht nur so zu sein, dass die CSV im polemischen "Poli-

tikalltag" ihr Christentum schamhaft versteckt. Unter CSV-Führung wurde, ohne dass öffentlicher Druck in dieser Richtung bestanden hätte, das Gottesgnadentum des Großherzogs aus der staatlichen Sprachregelung und damit der Name Gottes von den Gesetzestexten verbannt, was man eher von einer sozialistisch oder liberal geleiteten Regierung erwartet hätte. Generell lag man damit in Westeuropa im Trend, war doch einige Zeit zuvor die deutsche Regierung Schröder/Fischer vereidigt worden, bei der erstmals ein großer Teil der Minister auf die vorgesehene religiöse Formel verzichtete. Der Standpunkt der CSV zur Biotechnologie ist gemessen an christlichen Grundpositionen überraschend unklar (vgl. "Ja aber - nein aber", *forum* Nr. 214, S. 25). Beim öffentlichen Vorstellen des Projekts der Universität de Luxembourg wurde die Idee einer theologischen Fakultät nicht einmal andiskutiert. Worin erweist sich die CSV eigentlich als christlicher als die anderen Parteien?

Frau Hennicot-Schoepges bleibt in ihrem Papier zur C-Frage die Antwort letztlich schuldig. Das C sei "das Herz unserer Partei", aber "christlich kein Synonym für katholisch." Das in Arbeit befindliche neue Grundsatzprogramm der Partei soll "aus jenem erfolgreichen Amalgam christlicher Tradition und abendländischer Aufklärung" inspiriert sein. Das klingt gut, aber sagt fast nichts. Die Grundwerte jeder demokratischen Partei Europas sind historisch von Vorgaben aus christlicher Tradition und abendländischer Aufklärung bestimmt, auch wenn Liberale und



Linke das christliche Erbe säkularisierten. Der Parteipräsidentin zufolge geht es um "Inspiration", um den "Einfluss der katholischen Soziallehre auf die christlich-soziale Politik." Wie weit der Einfluss reichen soll, bleibt unbestimmt. Der Schlusssatz des Dokuments überrascht mit der Feststellung, dass "das C auf dem Klingelknopf unseres Hauses für jeden seiner Besucher und Bewohner etwas anderes bedeutet." Meint das etwa: Bei uns ist ganz gleichgültig, was "christlich" heißt, Hauptsache man wählt uns?

Im Zusammenhang mit der verblüffenden Tatsache, dass jedes CSV-Mitglied offenbar sein eigenes Christentum hat, empfiehlt die Präsidentin das 1981 von Johannes Paul II. veröffentlichte Dokument *Laborem exercens*: "Es lohnt die Mühe diese 35 Schreibmaschinenseiten durchzulesen." Aber was könnte die Frucht dieser Mühe sein? Soll diese

päpstliche Verlautbarung als Mitte der vielen verschiedenen C-Definitionen dienen, oder ist sie wieder nur Inspiration und unbestimmter Einfluss? Zur C-Frage scheint man nichts Verbindliches sagen zu wollen.

Dass nicht mehr deutlich wird, was sie unter christlich verstehen, ist nicht allein das Problem der CSV, sondern generell jenes der Christdemokraten Europas. Die belgische Schwesterpartei benannte sich kürzlich in Humanistische Partei um. Nun, hofft sie wohl, sei sie für jedermann wählbar, denn von links bis rechts kann ein jeder Humanist sein. Man ist nicht mehr Christ, Sozialist, Moslem, Kapitalist, Liberaler oder mehreres davon, man ist nur noch Mensch und wählt die Partei für alle. Ob der Schritt in die programmatische Konturenlosigkeit und zum Gemeinplatz-Etikett die Misserfolge der Partei aufhält, die seit 1950 bis heute von 46,7%

auf 5,9% Stimmenanteil schrumpfte, bleibt abzuwarten.

Angesichts des Abrückens vom C oder seines Relativierens verwundert es nicht, wenn aus der Kirche Kritik am programmatisch Vagen und der unchristlichen Praxis von Parteien mit christlicher Bezeichnung zunimmt. In Luxemburg ist diese noch verhalten, wenn etwa das bistumseigene *Luxemburger Wort* die zu verständnisvolle Haltung des CSV-Regierungschefs gegenüber der religionsfeindlichen Führung Chinas rügt.

In Deutschland jedoch gehen sogar Bischöfe deutlich auf klare Distanz zur CDU/CSU. Der Berliner Oberhirte Georg Kardinal Sterzinsky, greift von einem katholischen Standpunkt scharf die Sozial-, Familien- und Ausländerpolitik der Christdemokraten an, während der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal

Meisner besonders deren Haltung zur Abtreibung oder Gentechnik als nicht mehr christlich ablehnt.

Schon 1996 sagte Joseph Kardinal Ratzinger, der oberste Glaubenswächter der Kirche, im Rückblick auf den unrühmlichen Zusammenbruch der italienischen Democrazia Cristiana, dass Christen in allen Parteien aus ihrer Überzeugung wirken könnten, was nach seinen Worten sogar auf die linke PDS zutreffen sollte.

Dass Parteien gegenüber den Werten, von denen sie einst ausgingen, lauer werden, indem sie auf Wählersuche dem nachlaufen, was *trendy* scheint, ist seit vielen Jahren ein europäisches Phänomen. Aus der Arbeiterbewegung entstandene Parteien haben den langen Marsch von Links zur Mitte längst vollzogen. Unter dem Vorsitz Franz Vranitzkys, der als Bundeskanzler die verstaatlichten Industrien privatisieren ließ, wurde aus der Sozialistischen Partei Österreichs eine Sozialdemokratische Partei, New Labour eben. Als Vranitzky auch Hammer und Sichel aus den Fängen des Adlers im österreichischen Staatswappen entfernen wollte, so wie es die CSV mit dem Namen Gottes im Gesetzesvorspann tat, hielten wohl nur die Kosten davon ab, die ein Auswechseln von Schildern und Siegeln verursacht hätte. Wenn sich Herrschende in der Demokratie nicht mehr eindeutig positionieren, können eindeutig wirkende Symbole oder gar Bekenntnisse nur stören.

Welche Umstände klare Grundpositionen beschieren, erlebten die deutschen Grünen mit ihrem vorgeblich unumstößlichen Bekenntnis zum Pazifismus. Als Regierungspartei zog man am Balkan doch in den Krieg. Hätte die CDUgeführte Regierung auch nur daran gedacht, wäre sie von der grünen Opposition als militaristisch und imperialistisch gebrandmarkt worden. Sitzt man erst in der Regierung, werden die Sachzwänge plötzlich verständlich. Man handelt im Widerspruch zum Grundsatzzprogramm, mit dem man sich zur Wahl stellte, und ändert das Papier mit den lästigen Werten dann so ab, dass es künftig verschiedene Optionen offen lässt.

Wenn jede Partei, jeder Politiker für jeden Bürger wählbar sein will, verschwimmen die Konturen: Wir sind Christen, aber eigentlich mag jeder darunter verstehen, was er will. Wir sind die Partei der Gewaltlosigkeit, aber das trifft nicht zu, wenn wir regieren. Wir sind die Partei der linken Mitte, aber unsere Wirtschaftspolitik unterscheidet sich in nichts von der Partei der rechten Mitte. - Wer jedem alles sein möchte, ist am Ende nichts mehr. Klare Wertgrundlagen des Handelns verschwinden und mit ihnen die Perspektiven über den Wahltag hinaus. Was bleibt sind taktische Auseinandersetzungen in pragmatischen Fragen. Wer siegt, wird an den "Sturmfronten von Rhetorik und

**Drängen Konservative,
Linke und Liberale
in ein virtuelles Zentrum,
um sich aus Angst vor
Stimmenverlust kaum mehr
voneinander abzuheben,
geben sie grundlegenden
Diskussionen und damit dem
echten Kompromiss
zwischen verschiedenen
Blickwinkeln
keine Chance.**

Polemik", wie die CSV-Präsidentin das nennt, entschieden, in den Showveranstaltungen weitgehend inhaltsleerer Auseinandersetzung. Sind die etablierten Parteien wirklich weniger populistisch als die derzeit erfolgreichen Aufsteiger, die von der Prinzipienschwäche der traditionellen politischen Bewegungen profitieren?

Sollte die zunehmende Scheu vor klaren und auch zum Widerspruch herausfordernden Grundwerten in der Angst liegen, man könnte als zu wenig kompromissbereit gelten? Solche Furcht wäre ein fataler Irrtum. Nur aus einer klaren und unterscheidbaren Position lassen sich Kompromisse schließen. Wer im Bewusstsein einer Verantwortung vor Gott und im Glauben an ewige Gesetze und Gebote Politiker ist, kann mit jenem den Kompromiss finden, der sich in anderer Weise verantwortet, etwa

vor der Geschichte im Sinne des dialektischen Materialismus. Drängen jedoch Konservative, Linke und Liberale in ein virtuelles Zentrum, um sich aus Angst vor Stimmenverlust kaum mehr voneinander abzuheben, geben sie grundlegenden Diskussionen und damit dem echten Kompromiss zwischen verschiedenen Blickwinkeln keine Chance. Vielleicht verstecken die Politiker der traditionellen Richtungen ihre Gesinnung gar nicht aus taktischem Kalkül, sondern denken einfach nicht mehr über grundlegende Fragen nach, sind schlicht von nichts mehr überzeugt. Gewinner werden die Berlusconi und Haider sein, die sich an den "Sturmfronten" besser zu bewegen scheinen als in reflektierten Inhalten.

Politiker, die Parteiprogramme aus Gemeinplätzen schreiben und Jesus Christus, Karl Marx oder ihren prinzipiellen Pazifismus in der Truhe verschließen, um sich nicht durch allzu klare Grundeinstellungen kompromittieren zu lassen, mögen sich damit trösten, etwas Populismus sei ein angebrachtes Mittel zum guten Zweck ihrer Macht. Doch sie vollbringen dann im Ministerium unter dem Diktat dessen, was sie als Sachzwänge wahrnehmen, mehr oder weniger dasselbe, was die Damen und Herrn der Opposition an ihrer Stelle auch täten.

Der Zug der Parteien in die vage Mitte führt das Parteiensystem, in dem eine Gruppe ihren klaren Part im Ganzen zu spielen hätte, letztlich ad absurdum. Unterscheidbare Gesinnungsgemeinschaften mutieren im Auge des Wählers zu bloßen Karrierekartellen, die einander oder dem Publikum Scheingefechte liefern. Die echte Möglichkeit der Wahl zwischen abweichenden Positionen mit verschiedenen Konsequenzen geht verloren.

In der alten Athener Demokratie wurde manches öffentliche Amt unter den Bürgern verlost. Zurück zu den Wurzeln?

Volker Zotz

Das zitierte Dokument "Zur C-Frage" von Parteipräsidentin Erna Hennicot-Schopges vom 19. April 2002 findet sich auf den Internet-Seiten der CSV: www.csv.lu